

"Verbindliche Zusagen"

Bildungsgipfel: Rektoren fordern 13 Milliarden mehr

Kurz vor dem Bildungsgipfel fordern Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft Bund und Länder auf, sich bei dem Treffen auf substanzielle Verbesserungen für das Bildungswesen zu einigen. Margret Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulleitendenkonferenz, sagte, sie erwarte "verbindliche Vereinbarungen von Ländern und Bund zugunsten der Hochschulen." Der Gipfel dürfe "nicht im Unverbindlichen bleiben". Eine neue Studie der Unternehmensberatung McKinsey geht davon aus, in Deutschland könnten bis 2020 rund 2,5 Millionen Fachkräfte fehlen, falls die Politik untätig bleibe.

Bund und Länder müssten verbindliche Zusagen für die mittelfristige Finanzplanung von 2011 bis 2015 abgeben, forderte Wintermantel. Innerhalb dieser fünf Jahre benötigten allein die Hochschulen mindestens 13 Milliarden Euro zusätzlich. Etwa die Hälfte davon werde für neue Studienplätze gebraucht, die andere Hälfte für eine bessere Betreuung der Studenten in den neuen Studiengängen. Die Umstellung auf Bachelor und Master lasse sich ohne zusätzliches Personal nicht bewältigen. Die Studiengänge seien so konzipiert, dass sie in kleinen Gruppen studiert werden müssten. Inzwischen seien 9234 Studiengänge umgestellt, das seien 75 Prozent von etwa 11 000 Studiengängen in Deutschland.

Grundsätzlich beklagen die Hochschulrektoren, dass sie heute nahezu zwei

Millionen Studenten mit Staatszuschüssen ausbilden müssten, mit denen inflationsbereinigt im Jahr 1975 gerade einmal 840 000 Studenten ausgebildet wurden. Vor diesem Hintergrund gebe es einen erheblichen Nachholbedarf bei der Bildungsfinanzierung. "Wer jetzt mit Verweis auf die Finanzkrise zusätzliche Bildungsinvestitionen abschreiben will, hat nichts verstanden", sagte Wintermantel.

Nach der gestern vorgestellten McKinsey-Studie im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung könnte der Fachkräftemangel bis 2020 einen volkswirtschaftlichen Schaden von 1,2 Billionen Euro verursachen. Auf dem Bildungsgipfel müssten daher zwei zentrale Bereiche angegangen werden, sagte Ingrid Hamm, die Geschäftsführerin der Robert-Bosch-Stiftung: die Qualität an Schulen und die akademische Qualifizierung von Facharbeitern. So müsse künftig der Bildungserfolg der Schulen und Universitäten an der Zahl der Qualifizierten, die diese Institutionen verlassen, gemessen werden.

In den kommenden Jahren müssten zudem acht Prozent der Facharbeiter für eine akademische Laufbahn motiviert werden. Bislang liegt ihre Zahl bei weit weniger als einem Prozent.

Horst Hinder, der Präsident der Vereinigung der neun großen TUs, schlug zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ein bundeseinheitliches Schulfach Technikwissenschaften vor. Es dürfe nicht sein,

dass angehende Ingenieure zum ersten Mal im Rahmen ihres Studiums auf technikwissenschaftliche Fragestellungen stoßen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, Thomas Oppermann, warf den Ländern vor, sich vor konkreten Zusagen beim Bildungsgipfel drücken zu wollen. In dem bisherigen Vorbereitungspapier hätten die Länder lediglich "gute Absichten" erklärt, sich aber zu nichts verpflichtet. Vom Bund erwarteten sie dagegen verbindliche Zusagen zur Mitfinanzierung im Bildungssystem. Falls die Länder sich nicht bewegten, werde die Konferenz zum "Fiasko", sagte Oppermann.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedete ein Positionspapier zum Bildungsgipfel: Der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte soll vereinfacht werden, für 40 Prozent eines Jahrgangs sollen Studienplätze angeboten werden - noch nehmen 37 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf. Und der Anteil der Absolventen in den Naturwissenschaften, Mathematik und technischen Fächern soll von jetzt 33 Prozent auf 40 Prozent angehoben werden. Tsp/ddp